

Klaus Bittermann  
**Die Bibel der APO**

Aus: die tageszeitung vom 4. Mai 1990

Johannes Agnoli, „Die Transformation der Demokratie  
 und andere Schriften zur Kritik der Politik“  
 Freiburg 1990, 224 Seiten, 25 DM, ça ira Verlag.

„Agnolis Traktat ist ein kleines Meisterwerk – bei aller Bedrücktheit und Erbitterung lacht man bei der Lektüre oft hell auf über die Präzision und Eleganz, mit der er wieder und wieder ins Schwarze trifft.“

Sebastian Haffner

Das ganze Geheimnis des „Generationenkonflikts“ besteht darin, daß die Protestbewegten im Laufe der Zeit den Vätern umso mehr ähneln je mehr gegen sie rebelliert wurde. In der späten Ra- che an den eigenen Jugendsünden findet die Entwicklung ihren vorläufigen Abschluß, eine Entwicklung, die den im Kampf ergrauten und um die Leibesmitte füllig gewordenen Rebellen zum Spießherren werden läßt, der die Verhältnisse freundlich und zuvorkommend beurteilt. Daß man selbst einmal radikal gewesen ist, bevor man den Gang durch die Institutionen angetreten hat, verzeiht man anderen umso weniger, je mehr die ehemalige Gesinnung eine Art Schuldgefühl hervorruft, die sie selbst nach Jahrzehnten noch unbewältigt mit sich herumschleppen.

Zwanzig Jahre haben Wolfgang Kraushaar und Thomas Schmid unter einem Buch gelitten, bevor der eine es eine „linksfaschistische Parlamentarismus-Kritik“ nannte und der andere eine „unseriöse Studie“, in der die „Argumentation ärgerlich und zum zirkulären, gegen Entwicklung und Lernprozesse abgeriegelten System“ wird. Nicht viele Bücher können von sich behaupten, nach so langer Zeit einen ähnlichen Unwillen hervorgerufen zu haben – und zwar von denselben Leuten, denen das Buch einstmal als die „Bibel der APO“ galt.

Es war „Die Transformation der Demokratie“ von Johannes Agnoli und Peter Brückner, die Thomas Schmid in den wilden Jahren noch „eine Erleuchtung“ gewesen war, weil sie „ein diffuses Unbehagen schlüssig zu erklären vermochte und uns aus den Niederungen der irrlichternden Detailkritik befreite“. Brückner und Agnoli veröffentlichten die Schrift 1967 im kleinen Berliner Voltaire-Verlag, weil der Fischer-Verlag, dem es damals noch an historischem Weitblick fehlte, abgewunken hatte, und bereits ein Jahr später in der Europäischen Verlagsanstalt, bei der sie mehrere Auflagen erlebte. Längere Zeit war sie vergriffen, ehe sich der mit Kritischer Theorie befaßte ça ira-Verlag aus Freiburg entschloß, die verstreuten Aufsätze und Bücher Agnolis zu sammeln und neu aufzulegen. „Die Transformation der Demokratie“ ist der erste Band seiner in lockerer Folge angekündigten Schriften und enthält insgesamt fünf Beiträge, wobei neben dem „Transformations“-Essay, an dem sich die Geister scheiden, vor allem Agnolis „Kommemorativabhandlung“ zu seinem 1967 erschienenen Buch erwähnt werden muß. Darin erweist sich Agnoli als Grand Seigneur radikaler Theorie, der an seinem großen Aufsatz lediglich bemängelt, daß er nicht schärfer, kompromißloser und erbarmungsloser ausgefallen ist, und der mit souveräner Feder und spitzem Humor die Geschichte seines Buches und die Auseinandersetzungen darum nachzeichnet.

Liest man „Die Transformation der Demokratie“ Agnolis, der an der FU Berlin Politikwissenschaft bzw. deren Kritik lehrt, heute wieder, fällt einem vor allem die seitdem vielfach verlorengegangene wissenschaftlich dichte Systemkritik auf, die weit über die Grenzen des Universitätsbetriebs hinausgeht. Weder mit den Zielen noch mit den Mitteln der klassischen Politologie zufrieden, geht Agnoli zuerst einmal von der Notwendigkeit aus, Politik sowohl theoretisch als auch so weit wie möglich praktisch zu kritisieren. So simpel sich das zunächst anhört, so ist darin bereits der gesamte Konflikt enthalten, der sich später an seinem Buch entzündet hat – denn es ist nicht Agnoli, der sich von dieser einmal als Selbstverständlichkeit geltenden Voraussetzung trennte und darin eine Jugendsünde zu erkennen meinte, sondern es sind seine Kritiker, die mit beachtlichem Aufwand und erstaunlicher Wendigkeit die Verhältnisse zu ihrem Zeugen für die Untauglichkeit der Transformation der Demokratie aufrufen.

Dabei ist mit der „Transformation der Demokratie“ zunächst nichts anderes gemeint als „sowohl Modernisierung des Staates im Sinne einer Angleichung an neue Formen des kollektiven Lebens (an die sogenannte Massengesellschaft), als auch Verbesserung im Sinne der Modernisierung von Herrschaftsmitteln“. Das, so sollte man meinen, ist nicht nur für gemäßigte Gesellschaftskritiker akzeptabel, sondern entspricht ja auch durchaus dem Bild, das sich ein politisch nicht völlig uninteressierter Zeitgenosse von den Verhältnissen macht. Daß der Staat auf der Höhe gesellschaftlicher Entwicklung bleiben muß, von der seine Repräsentation genauso wenig unbeeinflusst bleiben kann wie der Einsatz repressiver Maßnahmen zur Durchsetzung seiner Interessen, ist so auffällig, daß jede Begründung sich leicht dem Verdacht aussetzt, an studentischem Über-eifer zu leiden.

Kinobesuchern wurde z.B. die Feststellung Agnolis im Werbevorspann illustriert, als im

ersten großdeutschen Wahlkampf die CDU für sich wie ein Produkt warb, d.h. der Zuschauer durfte nach einem Filmclip mit jungen Leuten, die sich ständig um den Hals fallen, raten, ob es sich um einen Schokoladenriegel, Fruchteis oder Wertheim-Mode handelt. Daß sich plötzlich die CDU zu erkennen gibt, weist jenseits leichter Unmutsäußerungen des Publikums, das sich zu Unrecht betrogen fühlt, darauf hin, daß nicht nur für die CDU die Notwendigkeit besteht, auf jeder Trendwelle mitzuschwimmen, solange sie politisch harmlos und nicht jugendgefährdend ist.

An der Neulektüre von Agnolis „Transformation der Demokratie“ überrascht, daß die Analyse Erkenntnisse von der Flexibilität des modernen Staats offenlegt, die in der Ära der Nierentische und Tulpenlampen nicht selbstverständlich waren. Damals jedenfalls war in der Studentenbewegung eine durchaus begründete Angst vor einer neuen Faschisierung der Gesellschaft virulent (siehe Notstandsgesetze), die für Ulrike Meinhof Grund genug war, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Auch Agnoli schließt einen „Involutionenprozeß“ nicht aus, der als „korrekter Gegenbegriff zur Evolution“ den „komplexen politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Prozeß der Rückbildung demokratischer Staaten, Parteien, Theorien in vor- oder antidemokratische Formen“ bezeichnet und der mit jedem verfassungsfeindlichen Schritt von staatlicher Seite, seien es Abhöraffaires, Verteidigerausschluß, Parteienfinanzierung, unter Beweis gestellt wird. Trotzdem reicht aber die Transformationsfähigkeit der Demokratie aus, den sozialen Frieden überwiegend mit Mitteln zu sichern, die nicht aus dem Arsenal der kalten Kriegsführung stammen.

Oberstes Ziel ist dabei die Entschärfung gesellschaftlicher Antagonismen durch die Integration politischer Opposition, um eine möglichst weitgehende Identität von Regierenden und Regierten zustande zu bringen. Dieses Ziel ist der maximalen Ausnutzung des Profitmechanismus untergeordnet, nach der sich auch der Grad der Repression richtet, den man einzusetzen bereit ist, um den früher wie heute allseits beschworenen „sozialen Frieden“ zu sichern. Nichts anderes wollte auch der Faschismus, nur verspricht die parlamentarische Demokratie diesen Slogan aller Herrschaftssysteme in einer veränderten Situation mit angemesseneren Mitteln durchzusetzen. Agnolis Mutmaßung, daß das parlamentarische System ein „Verfahren zur Herbeiführung friedlich-integrativer Reproduktionsformen“ ist – solange jedenfalls wie die Akkumulationsrate nicht gefährdet ist, der „Geduldsfaden des Kapitals“ –, hat sich bisher allemal bestätigt.

Warum also reagieren die ehemals so gelehrigen Schüler auf ihren geistigen Mentor so sauer, daß sie ihn sogar einen „revolutionären Faschisten“ schimpfen? Das liegt weniger daran, daß einer halbstarrig an seiner Position festhält, die nach über zwanzig Jahren immer noch den Kern des parlamentarischen Systems und seiner Funktionsweise trifft. Die zähneknirschende Wut rührt vielmehr daher, daß Agnoli seine im wesentlichen theoretische Schrift in der „Kommemorativabhandlung“ auf diejenigen anwendet, die sich als „Fundamentalopposition“ im Parlament verstehen: die Grünen. Mit einigen knappen Zitaten gibt Agnoli zu verstehen, daß es sich um ein grandioses Mißverständnis handelt, wenn Schily, noch bevor er ins Lager seines Herrchen wechselte, davon sprach: „Der Staat, das sind wir doch alle“. Abgesehen von der gelungenen Resozialisierung einer ganzen Partei, die sich in solchen Äußerungen widerspiegelt, anerkennt Agnoli durchaus die Leistung der Grünen, der politischen Klasse das Feigenblatt der Parteienfinanzierung heruntergerissen zu haben. Was aber wurde damit erreicht? Dem Staat wurde „die verloren gegangene Glaubwürdigkeit“ zurückgegeben. „Die Politik hatte den Nachweis erbracht, daß sie sich selbst kontrollieren und beschränken kann. Und Otto Schily wurde derart zum Symbol der doch im Grunde gesunden Verfassung.“

Niemand hört gern eine solche Kritik, in der der Fehler nicht durch guten Willen wieder ausgebügelt werden kann. Versucht dann jemand den theoretischen Nachweis zu führen, daß Agnolis Kritik von falschen Prämissen ausgeht, dann muß er zwar zugeben, daß gewisse Einsichten und Wahrheiten „unerschütterlich bleiben“, daß man jedoch leider nicht umhin käme, „diese Einsichten und Wahrheiten zu *suspendieren*“ (Thomas Schmid). Aus dieser gewendeten Perspektive, die nicht nur „populistisch klingt“, sondern „auch so gemeint“ ist, wird es möglich „die Parlamente in einem deutlich milderem Licht“ zu sehen und ein Loblied auf die gesellschaftliche Ordnung zu singen, die „so klug“, „so präzise“ und „so vollkommen“ ihre Aufgaben erfüllt, daß Schmid's ehrliche Bewunderung keine Grenzen mehr kennt.

Hinter dieser Apologie steckt jedoch schwerlich nur die brennende Sorge, die Öffentlichkeit „vor den Gefahren eines gleichwie gearteten autonomen Denkens, einer emanzipatorisch zu weit gehenden Kritik der Politik und des Verfassungsstaates zu warnen“, dahinter steckt auch ein schlauer Kopf, der sich zumindest eine Einsicht Agnolis zunutze gemacht hat: daß man letztlich als egal wie radikales Element immer nur etwas für die „Humanisierung der Gesellschaft“ beiträgt, daß man mittlerweile aber auch davon profitieren will. Ein weiteres Beispiel also für die Gültigkeit der Transformation der Demokratie, die, als es im Kampf um Pfründe und politische Macht darauf ankam, sich leider nicht als „Knigge für innerparlamentarisches Benehmen“ lesen ließ.